



Berlin rutscht in den Wahlkampf. Das ist Problem wie Chance zugleich – Chance, Bausteine eines Stadtentwicklungsprogramms für Berlin öffentlich zu diskutieren. Das Problem ist, dass Stadtentwicklungspolitik im Wahlkampf, in den Wahlprogrammen kein relevantes Thema ist. Und dies, obwohl in diesem Feld vieles zu verbessern ist und alle davon betroffen sind. Mit dem folgenden Memorandum wollen wir zu einer neuen Kultur des Wahlkampfs beitragen, zu einem verstärkten Dialog und zu einer verbesserten Zusammenarbeit von Wissenschaft, Politik, Planung und zivilgesellschaftlichen Initiativen.

1. Notwendigkeit eines Stadtentwicklungsprogramms

Die politischen Parteien haben keine Visionen für die Stadtentwicklung und keine Konzepte, wie sie diese mit Partnern umsetzen können. Sie haben vor allem kein visionäres Stadtentwicklungsprogramm für die Metropolregion Berlin. Ein Stadtentwicklungsprogramm ist kein Stadtentwicklungsplan. Ein Programm konzentriert sich auf Bausteine, die umgesetzt werden sollen. Diese müssen gesellschaftlich verhandelt werden. Ziel muss es sein, die vorhandene Stadt mit ihrer besonderen Geschichte, Tradition und Eigenart und ihren aktuellen Ressourcen und Potenzialen in eine nachhaltigere Zukunft zu führen – öffentlich und transparent, umweltverträglich und sozial. Jedes neue Projekt, jedes Bestandsprojekt muss darlegen, was es der Stadt bringt, von der es ja seinerseits profitiert. Unverzichtbar ist dabei die Auseinandersetzung mit internationalen Erfahrungen.

Abschied vom Archipel! Die Metropolregion ist der Maßstab!

Fast alle Stadtentwicklungsprojekte, auch die Aufmerksamkeit der Politik und Öffentlichkeit, konzentrieren sich auf die Innenstadt. Dafür gibt es gute Gründe, die aber nicht zu einer Ausgrenzung der Außenstadt führen dürfen und die all denen erläutert werden müssen, die nicht in der Innenstadt wohnen. Und das sind immerhin 3/4 aller Bürger der Metropolregion. Wir brauchen daher ein Stadtentwicklungsprogramm für die gesamte Metropolregion, welches das sozialräumliche Auseinanderdriften in dieser Region erkennt und gegensteuert. Die großen Themen der Zukunft – Nachhaltigkeit in sozialer, ökologischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht – können nur auf stadtreionaler Ebene verhandelt, begründet und verantwortlich entschieden werden.

Die Orte und Themen im Zusammenhang denken!

Wir erleben isolierte Projekte für isolierte Räume, wir erleben isolierte Konzepte aus einseitiger, sektoraler Sicht. Das gilt – räumlich betrachtet – etwa für den großen Freiraum am Fernsehturm und für das Flughafengelände in Tegel. Das gilt sektoral betrachtet etwa für die Themen soziale Stadt, ökologische Stadt, klimagerechte Stadt. Was fehlt, ist ein Denken im Zusammenhang – auf sektoraler, lokaler wie regionaler Ebene. Das gilt auch für das Handeln der Verwaltungen auf Bezirksebene, Berliner und Brandenburger Landesebene sowie

auf der Ebene der Umlandkommunen. Auch innerhalb der Verwaltungen sollten Projekte integriert und ressortübergreifend bearbeitet werden.

Prioritäten setzen!

Prioritäten setzen heißt zuallererst: Vorrang für die Pflege und Entwicklung dessen, was schon da ist. Die Zukunft Berlins gründet in seinem Bestand, dort liegt der Reichtum einer Stadt, dort finden sich auch zahlreiche Orte und Räume, die wieder belebt werden können. Bestandsentwicklung trägt dazu bei, die Vielfalt Berlins in den Kiezen und Bezirken zu bewahren. Prioritäten setzen heißt weiter, neue Projekte strategisch richtig zu verorten: nicht irgendwo, wo gerade Platz ist oder sich ein Investor meldet, sondern dort, wo bestehende Strukturen gestärkt und nicht mehr genutzte Flächen wieder belebt werden – oft in den Stadtteilzentren und entlang der Hauptstraßen. Nicht integrierte Projekte müssen begründungspflichtig und ein Ausnahmefall werden. Prioritäten setzen heißt auch, manche Räume in der Stadt vorerst „in Ruhe“ zu lassen und nicht zu beplanen.

Klare Regeln für stadtweite sektorale Themen!

Stadtweite Themen sind zu unterscheiden von teilraumbezogenen Themen. Soweit stadtweite Themen angesprochen sind, bedarf es einer Neujustierung bestehender oder der Schaffung neuer und robuster Regelwerke. Das gilt vor allem für Bildung, Wohnungspolitik wie auch Mietrecht, Verkehr, Klima-Standards, Denkmalschutz, Tourismus und die Belange des Einzelhandels ... Es muss aber auch dafür Sorge getragen werden, dass künftige und bestehende Regelwerke wirklich umgesetzt werden und nicht sofort Makulatur sind, etwa wenn mit privaten Investitionen und Versprechungen gelockt wird. Insgesamt ist die Rolle der öffentlichen Hand im Rahmen einer äußerst schwierigen Finanzlage neu und offensiv zu bestimmen.

Schönheit , Bau- und Raumqualität - kein Privileg!

Schönheit darf nicht das Privileg weniger sein! Schön heißt auch nicht unbedingt teuer. Schönheit sichert aber Werte. Was Schönheit aber überhaupt ist, ist aber immer wieder in öffentlichen Auseinandersetzungen zu klären. Die öffentliche Hand muss daran arbeiten, den Boden für gute und schöne Gestaltung zu bereiten und bei öffentlichen Bauvorhaben selbst mit gutem Beispiel voran zu gehen, so dass es für Investoren selbstverständlich wird, mit städtebaulich und architektonisch hochwertigen Projekten in Berlin vorstellig zu werden. Gute Gestaltung muss nicht nur im Zentrum die Regel werden, sondern auch in den übrigen Räumen der Stadt. Strategische Projekte – im Stadtzentrum wie in der gesamten Stadtregion – müssen mittels neuer Organisationsformen gefördert werden: hinsichtlich der gestalterischen Qualität, des ressourcenschonenden und klimaschützenden Städtebaus und der Planungsprozesse. Gestalterische Standards sollten auch über Richtlinien und Handbücher unterstützt werden.

Infrastruktur als Chance!

Gestalterische Ideen und Richtlinien zu Infrastrukturprojekten verbessern die urbane Qualität. Für Infrastrukturmaßnahmen gibt es auch in Zeiten knapper Budgets noch öffentliche Mittel.

Insbesondere die Straßenräume sind wichtige Identifikationsräume der Stadt. Diese müssen auch der Qualifizierung des öffentlichen Raumes dienen.

Stadtgrün – mehr als Salatgarnitur!

In einer Metropolregion sind große grüne Freiräume, aber auch Miniparks, grüne Straßen und Plätze sowie Stadtteilgärten aus klimatischen wie sozialen Gründen unverzichtbar. Dichte, urbane Bebauung und Grün sind kein Widerspruch, sondern ideale Partner. Grünräume müssen so gestaltet werden, dass sie einem breiter werdenden Nutzungs- und Programmspektrum gerecht werden, trotz abnehmender Budgets für Instandhaltung und Bepflanzung. Grün bedarf der Pflege – seitens der öffentlichen Hand wie der Zivilgesellschaft. Dafür sind klare Regeln nötig, aber auch eine Weiterentwicklung von Instrumenten zur Zwischennutzung und alternativen Aneignungs- und Nutzungsformen.

Auf die Umsetzung kommt es an!

Die Diskussionen um Stadtentwicklung in Berlin in den vergangenen Jahren haben gezeigt, dass es nicht an guten Ideen mangelt, diese aber oft isolierte Bereiche betreffen und nicht von Umsetzungskonzepten begleitet werden. Genauso wichtig wie die Suche nach städtebaulichen Ideen ist die Suche nach geeigneten Instrumenten – insbesondere in einer Zeit, in der städtebaulichen Themen keine hohe politische Priorität eingeräumt wird und in der öffentliche Handlungsspielräume als eingeschränkt gelten.

Planung von oben und unten!

Die zurzeit allgegenwärtige Skepsis gegenüber Planungsprojekten und planerischen Strategien darf nicht dazu führen, dass seitens der öffentlichen Hand nicht mehr geplant wird. Es müssen weiterhin Strategien zur Stadtentwicklung Berlins erarbeitet und zur öffentlichen Diskussion gestellt werden. Zugleich muss in stärkerem Umfang als bisher und mit veränderten Verfahren die Öffentlichkeit in die Planung einbezogen werden, etwa mittels Charrette-Verfahren (städtebauliche Werkstätten). Weiter müssen Verfahren entwickelt werden, die es Politik und Verwaltung ermöglichen, Projekte bei neuen Erkenntnissen schnell und flexibel an die neuen Rahmenbedingungen anzupassen.

Die Privatisierung der Stadt um jeden scheinbar guten Preis stoppen!

Steuerung der Stadtentwicklung ist auch Bodenpolitik. Was wir aber erleben, ist die Verkümmern der Bodenpolitik zur Liegenschaftspolitik. Als „öffentliches Interesse“ wird oft nur ein maximaler Kaufpreis beim Verkauf von Flächen im öffentlichen Eigentum deklariert – ohne Berücksichtigung einer Stadtentwicklung im öffentlichen Interesse. Völlig vergessen wurde, dass erfolgreiche Bodenpolitik vor allem kluge Bodenvorratspolitik umfasst. Dagegen entblößt sich die öffentliche Hand ihres Bodens und damit ihrer wichtigsten Stadtbausteine.

Rückenwind durch die politische Führung!

Ziele müssen umgesetzt werden. Eine Voraussetzung dafür ist der explizite Wille der politischen Führung, auch und gerade des Regierenden Bürgermeisters, ein Stadtentwicklungsprogramm offensiv zu vertreten. Ohne politischen Rückenwind kann die Verwaltung nur mit gebremster Kraft arbeiten. Auf politische Führung in stadtentwicklungspolitischen Fragen haben wir in Berlin bislang vergeblich gewartet.

2. Schlüsselräume eines Stadtentwicklungsprogramms

Die gesellschaftlichen Herausforderungen werden vor Ort, in den Kiezen, Stadtteilen und Siedlungen, in unterschiedlicher Intensität und Kombination konkret. Ein stadtentwicklungspolitisches Programm für eine Großstadt ist per se sehr komplex und kann nicht auf wenige Räume reduziert werden. Im Mittelpunkt sollten aber die Räume stehen, in denen sich die städtebaulichen Herausforderungen der Zukunft ballen.

2.1 Das Zentrum Berlins

Das Zentrum Berlins ist der Ort, der Identität stiftet, aber oft auch strapaziert. Es repräsentiert als einzigartiges und unterscheidbares Schaufenster die gesamte Metropolregion, es dient als Attraktion für den weltweiten Stadttourismus und fungiert als Werbebanner im internationalen Wettbewerb um Firmen und kreative gesellschaftliche Gruppen. Berlin hat ein besonderes Zentrum: erstens die historische Mitte, die sich wiederum in die ehemalige Altstadt und in die ehemalige City um die Leipziger Straße und Unter den Linden gliedert, und zweitens die City West um den Breitscheidplatz. Dieses komplexe Zentrum hat keine klare Perspektive. Heute stehen zwei fundamentale Fragen auf der Tagesordnung: Welche Rolle wird das Areal der ehemaligen Altstadt in Zukunft spielen? Und welche Rolle wird die City West künftig spielen? Und wie soll sich die jeweilige Rolle städtebaulich manifestieren? Zwar konnte die City West ihre Bedeutung als wichtiger Einzelhandelsstandort für die Metropolregion bewahren. Nach der Verdrängung einiger großer Kinos und Theater am Kurfürstendamm droht jedoch eine einseitige Ausrichtung auf den Konsum. Der Bahnhof Zoologischer Garten ist bereits zum Regionalbahnhof herabgestuft worden. In der ehemaligen Altstadt häufen sich Inselprojekte, die ohne Zusammenhang diskutiert und entwickelt werden: das Gebiet südlich des Bahnhofs Hackescher Markt, der künftige Neubau am Fernsehturm, der Umgang mit archäologischen Funden, das Klosterviertel, der große Freiraum, das Humboldtforum.

In der nächsten Zukunft stehen zwei wichtige Räume im Zentrum der Entwicklung: der große Freiraum zwischen Spree und Alexanderplatz sowie das große Areal hinter dem Bahnhof Zoologischer Garten. Auch hier herrscht bislang eine isolierende Sichtweise vor. Die beiden Räume werden für sich betrachtet, ohne die entscheidende Frage der Vernetzung mit dem übrigen Zentrum vorrangig zu bedenken. Besonders hilflos erscheint der Umgang mit den Zeugnissen einer 800jährigen Geschichte im Areal der ehemaligen Altstadt.

Mögliche Bausteine eines Stadtentwicklungsprogramms:

- *Klärung der Perspektiven des ehemaligen Alt-Berlin wie der City West (Perspektivenwerkstatt)*

- *Entwicklung einer städtebaulichen Strategie für den Umgang mit dem Stadttourismus aber auch mit „rummelartigen“ Nutzungen*
- *Vernetzung der verschiedenen Fragmente der ehemaligen Altstadt*
- *Vollständige Erhaltung der Zeugnisse des mittelalterlichen Rathauses*
- *Auslobung eines offenen Ideenwettbewerbs für den großen Freiraum vor dem Rathaus einschließlich der räumlichen Einbindung der umliegenden Stadtfragmente (Voraussetzung: Kooperation von Architekten, Stadtplanern, Freiraum- bzw. Landschaftsplanern und Stadthistorikern)*
- *Weiterentwicklung des Projekts zum Rückbau der Frei- und Verkehrsfläche zwischen Stadthaus und Rotem Rathaus*
- *Entwicklung eines Konzepts für das Areal hinter dem Bahnhof Zoologischer Garten ohne Riesenrad*

2.2 Ehemalige Arbeiterquartiere

Die innerstädtischen ehemaligen Arbeiterquartiere wie Neukölln Nord, Moabit und Wedding sind sehr dicht bebaut, urban und funktional durchmischt. Im Zuge der Deindustrialisierung verloren dort viele Bewohner ihre Arbeitsplätze. Heute werden diese Viertel durch Immigranten unterschiedlicher Herkunft geprägt. Sie sind die eigentlichen Labore der postindustriellen Gesellschaft. Gleichzeitig sind die Quartiere großem Druck ausgesetzt, bergen sie doch große Potentiale in sich: attraktive Bausubstanz und öffentliche Räume, zentrale Lage, gute Verkehrsanbindung. Urban orientierte Mittelschichten werden von den Qualitäten der Quartiere angezogen. In diesen Quartieren konzentrieren sich die großen sozialen Fragen: Wie können ganz unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gut zusammenleben? Wie können Bildungseinrichtungen radikal verbessert werden? Wie schnell und stark dürfen die Mieten steigen? Wer zahlt die energetische Sanierung? Städtebauliche Maßnahmen in einem benachteiligten Quartier dürfen nicht aus Angst von einer immobilienwirtschaftlichen Aufwertung und daraus resultierenden Verdrängungsprozessen unterbleiben, sie müssen jedoch wohnungspolitisch begleitet werden. Die Stadtteilzentren sind das Aushängeschild dieser Stadtteile. Bislang ist ihre erforderliche Stärkung nicht gelungen, sie besitzen jedoch das größte Potential für eine Revitalisierung der Innenstadt.

Mögliche Bausteine eines Stadtentwicklungsprogramms:

- *Entwicklung von neuen Ansätzen zur „Sanierung“ der Gebiete*
- *Stärkung der Stadtteilzentren einschließlich der großen Radialstraßen*
- *Modellprojekte zur sozial gerechten energetischen Stadtteilsanierung*
- *Entwicklung städtebaulicher Strategien zur Förderung des multiethnischen Zusammenlebens*
- *Einstieg in eine aktive Wohnungspolitik, wohnungspolitischer Fokus auf die benachteiligten Quartiere, Entwicklung neuer und Weiterentwicklung vorhandener mietpreisbegrenzender Instrumente wie Milieuschutzsatzungen oder Mietobergrenzen*
- *Verbesserung der Bildungschancen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen*
- *gestalterische und funktionale Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur sowie der öffentlichen Räume - der Spielplätze, Parks, Bibliotheken, Schulen etc.*

2.3 Große Stadtbrachen in innerstädtischer Lage

Die großen Stadtbrachen, wie Heidestraße, Mediaspree, Tegel und Tempelhof sind die städtebaulich sichtbarsten Zeugen des Abschieds von der Industriegesellschaft, aber auch Ausdruck des Wandels an Anforderungen im Transportwesen und Einzelhandel. Dazu kommen die Spuren der Teilung der Stadt. Die großen, oft innerstädtischen Flächen bieten eine riesige Chance für den Städtebau von heute und morgen. Sie erlauben die Anlage neuer, gemischt genutzter Quartiere einschließlich des innerstädtischen Wohnens, aber auch neuer urbaner Parks oder besonderer Nutzungen. Sie können als Experimentier- und Testflächen neuer städtebaulicher Strategien dienen. Sie eröffnen zuallererst Spielräume für Zwischennutzer. Zur Entwicklung dieser Räume bedarf es besonderer Verfahren, vor allem vor dem Hintergrund geringen Entwicklungsdrucks und der Vielzahl der vorhandenen Flächenpotenziale. Entwicklung darf hierbei nicht um jeden Preis forciert werden, sondern erfordert eine langfristige und nachhaltige Planung mit lokalem wie gesamtstädtischem Blick.

Eine der bedeutendsten und zugleich umstrittensten Stadtbrachen Berlins ist der östliche Spreeraum. Dort wurde es versäumt, eine breit getragene Entwicklung voranzubringen, die den Potenzialen des Ortes angemessen ist und die umliegenden Quartiere bereichert. Ebenso fehlt eine Diskussion mit Beteiligung der verschiedenen Verwaltungsebenen. Bezirke alleine sind der Steuerung und Gestaltung solch großflächiger Entwicklungen ohne politische Rückendeckung des Senats kaum gewachsen.

Mögliche Bausteine eines Stadtentwicklungsprogramms:

- *Differenzierung der Brachflächen: Dranbleiben, Loslegen, Anpeilen, Zeit lassen, Zwischennutzen*
- *Sicherung einer nachhaltigen Nachnutzung der ehemaligen Flughäfen Tegel und Tempelhof, die auch zur Stärkung der umliegenden Stadtteile führt*
- *Durchführung einer Charrette (städtebauliche Werkstatt) zur Erarbeitung eines neuen Rahmenplans für den östlichen Spreeraum unter Berücksichtigung der bereits festgeschriebenen Planungen, die auch die Vernetzung des Gebietes mit den umliegenden Quartieren umfasst*
- *Durchsetzung einer nachhaltigen Bodenpolitik anstatt schneller und unüberlegter, rein verwertungsorientierter Verkäufe öffentlicher Grundstücke*
- *Planungssicherheit für Zwischennutzer*
- *Einrichtung nicht-kommerzieller Experimentierfelder*

2.4 Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus

Großsiedlungen wie Märkisches Viertel, Gropiusstadt, Falkenhagener Feld, Marzahn, Hohenschönhausen und Hellersdorf prägen die Außenstadt von Berlin. Sie sind eine der vielen Antworten des 20. Jahrhunderts auf das hart kritisierte steinerne Berlin. Heute sind sie Stadträume mit ungewisser Zukunft, sie laufen Gefahr, zu Brennpunkt sozialer, baulicher, städtebaulicher und energietechnischer Probleme zu werden. Dies liegt nicht nur an der Belegungspolitik, sondern auch an der wenig flexiblen städtebaulichen Form, an der geringen Nutzungsmischung, an der begrenzten Nutzungsvielfalt, am Großeigentum und nicht zuletzt an den wenig attraktiven öffentlichen Räumen. Wie in den benachteiligten

Stadtteilen in der Innenstadt ist auch in den Großsiedlungen stärker als bislang auf eine qualitätvolle architektonische und städtebauliche Gestaltung aller Bauprojekte wie Maßnahmen im öffentlichen Raum zu achten. Eine „Billig-Gestaltung“ von Fassaden und manchen Einkaufszentren verstärkt den Eindruck des „Billig-Charakters“ eines Gebietes und damit dessen Abwärtsbewegung.

Mögliche Bausteine eines Stadtentwicklungsprogramms:

- *Ausbau der Zentren zu Mittelpunkten im weiteren suburbanen Raum*
- *Stärkung und gestalterische Verbesserung der öffentlichen Räume sowie der kulturellen, sozialen und kommerziellen Infrastruktur*
- *Energetische Sanierung der Großsiedlungen im ehemaligen West-Berlin bei gleichzeitiger Stärkung der sozialen Mischung*
- *Schaffung einer vielfältigen Gestaltung zur Identitätsstärkung*

2.5 Zersiedelte suburbane Landschaft

Ein wichtiges Problem der Berliner Stadtregion sind ihre zersiedelten, ständig weiter wuchernden Ränder. Dort finden sich sehr unterschiedliche verinselte, funktional und sozial segregierte Siedlungsfragmente, die teilweise nur mit hohen Kosten infrastrukturell versorgt werden können und lediglich durch das Automobil miteinander vernetzt sind. Diese Siedlungsform ist nicht mehr zukunftsfähig. Bis zum Fall der Mauer blieb Berlin weitgehend von der Zersiedelung über die Stadtgrenze hinaus verschont. In den letzten beiden Jahrzehnten hat die Stadt diese Entwicklung jedoch sichtlich nachgeholt. Mit Blick auf den zersiedelten Raum im Berliner Speckgürtel stellen sich vor allem zwei Aufgaben: die Eindämmung der Zersiedelung und die Qualifizierung der vorhanden suburbanen Landschaft. In erster Linie müssen die Bedingungen, welche die Zersiedelung fördern, verändert werden: etwa die autoorientierte Verkehrspolitik, steuerliche Vergünstigungen sowie die Zulassung nicht-integrierter, monofunktionaler Großprojekte.

Mögliche Bausteine eines Stadtentwicklungsprogramms:

- *Maßnahmen zur Eindämmung der Zersiedelung (Berlin/Brandenburg)*
- *Absolute Priorität der Umnutzung von Brachflächen vor Projekten auf der „grünen Wiese“*
- *Stärkung von Zentrumsfunktionen und Nachverdichtung an den Knoten des öffentlichen Nahverkehrs und entlang der großen Radialstraßen*
- *Keine Zulassung von ausschließlich auto-abhängigen monofunktionalen Einzelhandelsflächen, Gewerbe- und Wohngebieten*
- *Bessere Gestaltung von Gewerbegebieten und Verkehrsstrassen*
- *„Grenzübergreifende“ Zusammenarbeit von Berliner Bezirken und Brandenburger Umlandgemeinden*

2.6 Die Großstadtregion insgesamt

Die Berliner Großstadtregion selbst ist der entscheidende Schlüsselraum. Alle reden von der Metropolregion Berlin Brandenburg, wenngleich die städtebaulichen Konsequenzen dieser Beschwörung meist nicht sichtbar werden. Zwei Elemente können die Großstadtregion heute ordnen: das großflächige Großstadtgrün – von der urbanen Landwirtschaft über den klassischen Park bis zur Kaltluftschneise –, und das Netz der Stadtteil- und Ortsteilzentren

mit den Strängen des nichtautomobilen Verkehrs und den großen Radialstraßen, den Kraftlinien der Metropolregion, welche die Hauptopfer des autogerechten Ausbaus der Städte waren und heute reurbanisiert werden müssen. Die Stärkung von vorhandenen Stadtteil- und Ortszentren in der gesamten Metropolregion sollte höchste Priorität haben, vor allem der Standorte mit guter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Öffentliche Ressourcen sollten in diesen Stadtteil- und Ortszentren konzentriert werden. Durch die Aufgabe des Flughafens Tegel werden sich die Ungleichgewichte in der Metropolregion verstärken: Der Norden droht weiter zurückzufallen, die Hauptentwicklung wird dem Süden zugute kommen: Dort entsteht ein Kraftdreieck Stadtmitte – BBI – Potsdam. Die Entwicklungsachse BBI-Potsdam bleibt außerhalb der Wahrnehmung der Berliner Stadtentwicklungspolitik.

Mögliche Bausteine eines Stadtentwicklungsprogramms:

- *Entwicklung von Strategien gegen den Gewichtsverlust der nördlichen Metropolregion*
- *Stärkung der Vielfalt der Mobilität, Ausbau des nichtautomobilen Verkehrs – zugunsten des Fahrrades und des öffentlichen Nahverkehrs*
- *Stärkung regionaler Grünbereiche*
- *Reurbanisierung der Radialstraßen*
- *Genehmigungsstopp für großflächigen Einzelhandel und Einkaufszentren außerhalb der Stadtteil- und Ortszentren*
- *Attraktive Gestaltung der bedeutenden Eingänge in die Stadtregion Berlins: Stadttor BBI, Bahnhofsplätze am Hauptbahnhof, Bahnhof Südkreuz und Ostbahnhof*
- *Stärkung einer wirklichen gemeinsamen Landesplanung, so dass Projekte in Berlin nicht durch Entwicklungen in Brandenburg konterkariert werden und umgekehrt*

©2011 THINK BERL!N *plus*

Think Berl!n (Aljoscha Hofmann, Cordelia Polinna, Johanna Schlaack)
plus (Harald Bodenschatz, Christian von Oppen)

Die Initiative »Think Berl!n« wurde von Aljoscha Hofmann, Cordelia Polinna, Jana Richter und Johanna Schlaack Mitte 2009 an der TU Berlin gegründet und entstand aus der Idee, die Debatte über die Berliner Stadtentwicklung um eine junge, zugleich wissenschaftliche und praktische, Position aus Architektur und Stadtplanung zu bereichern.

Aljoscha Hofmann lehrt am Fachgebiet Planungs- und Architektursoziologie an der TU Berlin und bereitet seine Promotion zum Berliner Spreeraum vor.

Cordelia Polinna ist Stadtforscherin mit Schwerpunkt London und Partner bei Polinna Hauck Landscape + Urbanism.

Johanna Schlaack ist Stadtforscherin und promoviert als DFG-Fellow zum Thema „Flughäfen als Impulsgeber für Metropolregionen“.

Harald Bodenschatz ist Professor für Planungs- und Architektursoziologie an der Technischen Universität Berlin.

Christian von Oppen ist Partner bei n+1 architekten in Berlin und lehrt an der Bauhaus-Universität in Weimar Entwerfen und Städtebau.

weitere Informationen: www.think-berlin.de